

## PRESSEMITTEILUNG

**Pressekontakt: Beate Maria Hagen**  
Leiterin Vereins- und  
Mitgliederwesen,  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030 629 80-614

Fax: 030 629 80-150

E-Mail: [presse@deutscher-verein.de](mailto:presse@deutscher-verein.de)



29. Juni 2020

# In der Corona-Krise ist europäische Sozialpolitik wichtiger denn je

**Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge appelliert an die Bundesregierung, sich für ein soziales Europa stark zu machen.**

**Berlin** – „Die EU muss sich als Motor für Demokratie und Wohlstand behaupten und dabei die Sozialpolitik auf der Agenda haben“, fordert Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. „Die deutsche Ratspräsidentschaft ist die große Chance, mit zur Umsetzung sozialpolitischer Forderungen und damit zu einer fortschrittlichen und solidarischen EU beizutragen.“

Deutschland übernimmt am 1. Juli den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Durch die Corona-Krise ist die EU in eine tiefe Rezession gestürzt, viele Mitgliedsstaaten ringen mit den zusätzlichen erheblichen sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie. Der Deutsche Verein fordert deshalb, die auch durch die Krise wieder wachsende Armutsgefährdung in der EU stärker in den Blick zu nehmen. „Die Corona-Pandemie belegt, wie wichtig die Zusammenarbeit der Europäischen Union auch in der Sozialpolitik ist“, so Löher.

Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war klar: Die EU wird ihr Ziel, die Zahl von Armut betroffenen Menschen von 2010 bis Ende 2020 um 20 Millionen zu senken, nicht erreichen, denn bis Ende 2018 gelang nur eine Reduzierung der Armut bei 7 Millionen Menschen.

„Um hier voranzukommen, muss der im Koalitionsvertrag vereinbarte EU-Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme in den Mitgliedsstaaten entwickelt werden“, so Löher weiter. „Die Bundesregierung muss sich für alle notwendigen Maßnahmen zur zügigen Entwicklung des EU-Rahmens einsetzen.“

Die Corona-Krise hat außerdem gezeigt, dass beim Thema Gleichstellung noch einiges zu tun ist. „Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie voranzutreiben“, sagt Löher. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein wichtiger Aspekt zur Senkung des höheren Armutsrisikos für Frauen.“ Darüber hinaus müsse aber auch eine gerechtere Verteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben und der Hausarbeit zwischen Männer und Frauen auf die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. „Geschlechterstereotypen müssen endlich aufgelöst werden“, so Löher.

#### [Erwartungen des Deutschen Vereins an die Bundesregierung für ihren Vorsitz im Rat der Europäischen Union 2020](#)

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation sowie der Migration und Integration. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.